

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Verantwortlichen für die Richtigkeit der Druckfehler entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 225

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Verantwortlichen für die Richtigkeit der Druckfehler entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 225

Telegramm: Kogelblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 225

Sonntag, den 26. September 1926

21. Jahrgang

### Deutschland verlangt Abrüstungsmaßnahmen.

Genf, 24. Sept. In der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung sprach Lord Cecil als erster Redner. Er führte u. a. aus, hinsichtlich der Regionalverträge und der potentiellen Rüstungsmöglichkeiten bestanden zwischen ihm und Paul Boncour keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten. Auch die Kontrollfrage würde keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, wenn man sich erst einmal über die Abrüstung selbst verständigt habe. Die grundlegende Frage sei die Verteilung der Rüstungen. Bisher sei jeder Staat Anhänger der Abrüstung — seines Nachbarn. Die Ausschüsse müßten sich von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß nur eine völlige Abrüstung sie befriedigen dürfe. Um dieses Ziel zu erreichen, solle man lieber eine Verzögerung des Konferenzbeginnes in Kauf nehmen als sich der Gefahr eines Scheiterns der Konferenz aussetzen.

Nach der Rede des englischen Delegierten Lord Herbert Cecil verlas der deutsche Delegierte Staatssekretär v. Schubert eine schriftlich formulierte Erklärung über den deutschen Standpunkt zur Abrüstungsfrage, wobei er es nicht als das Ziel seiner Ausführungen bezeichnete, das Problem der Abrüstungsfrage in seiner ganzen Ausdehnung vom deutschen Standpunkt aus zu beleuchten, der in Übereinstimmung mit den Interessen des Völkerbundes stehe und allgemein bekannt sei. Deutschland habe schon, so führte v. Schubert aus, vor seinem Eintritt in den Völkerbund an den Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses teilgenommen, in dem Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien. Es habe stets das allgemeine Interesse dabei hochgehalten und betrachte

#### Die Abrüstung als die größte Aufgabe des Völkerbundes,

durch deren Erfüllung dieser nicht nur seine eigene Stellung stärken, sondern auch im Interesse der gesamten Menschheit arbeiten würde. Heute handelte es sich nur um die Grundlagen, die Paul Boncour gestern klargelegt habe. Ueber das Ziel seien sich gewiß alle einig, aber es sei gesagt worden, daß auch eine internationale Konvention über die Verminderung der Rüstungen schon ein großer Fortschritt wäre, auch wenn sie sich nur auf die Befestigung des gegenwärtigen Zu-

standes beschränken würde. Auch Deutschland halte ein stufenweises Vorgehen für unbedenklich, könne aber in der Festlegung des gegenwärtigen Zustandes keinen wirklichen Fortschritt erblicken, sondern sei der Meinung, daß die vorbereitenden Arbeiten zu einer Verminderung der zu großen Verschiedenheiten

föhren müßten, die zwischen den Rüstungen der Völkerbundsmittglieder bestehen, um dadurch den Bund zur Erfüllung seiner Aufgabe geneigter zu machen. Diese heikle Frage verlange zweifellos Rücksichtnahme auf die gegenwärtig bestehenden Tatsachen, aber nur eine volle Loyalität und der Wunsch einer gegenseitigen Verständigung, von dem die gegenwärtige Versammlung so glücklich besetzt sei, werde den Weg ebnen können, der zu dem gemeinsam verfolgten Ideal führe.

Die Erklärungen des Staatssekretärs von Schubert über den deutschen Standpunkt zur Entwaffnungsfrage wurden mit starkem Beifall aufgenommen, besonders die Ausführungen, daß die deutschen Vertreter sich von der Ueberzeugung leiten ließen, daß der Völkerbund bei der Durchführung der Abrüstung als seiner bedeutsamsten Aufgabe nicht nur für seine eigene Konsolidierung, sondern für die gesamte Menschheit arbeite.

In der Sitzung wurde eine Resolution, die eine Einberufung der Abrüstungskonferenz auf einen Termin vor der nächsten Völkerbundversammlung forderte, einstimmig angenommen.

#### Heute voraussichtlich Ende der Völkerbundstagung.

Genf, 24. Sept. Die Arbeiten der einzelnen Kommissionen des Völkerbundes gehen ihrem Ende entgegen. Voraussichtlich kann die Vollversammlung ihre Arbeiten Sonnabend nachmittag abschließen, da von Seiten des Büros und der Versammlung Bemühungen unternommen worden sind, die Verhandlungen abzukürzen; es wurde verschiedenen Rednern nahe gelegt, auf das Wort zu verzichten. Wenn auch die Vollversammlung Sonnabend ihre Arbeiten abschließen kann, so muß doch noch mit wichtigen Ratversammlungen gerechnet werden.

derartige Summen wie die oben genannte, unter keinen Umständen in Betracht kommen, insbesondere kann von einer über die Daweslasten hinausgehenden neuen finanziellen Verpflichtung nicht die Rede sein.

#### Telegramm Stresemanns an den Oberpräsident der Rheinprovinz.

Köln, 24. Sept. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann sandte an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz folgendes Telegramm: „Aufrechten Dank für die Worte der Begrüßung, die Sie mir namens der Rheinprovinz übermittelten. Der von der deutschen Außenpolitik im letzten Jahre zurückgelegte Weg war nur möglich bei dem bestehenden Vertrauensverhältnis zwischen der Reichsregierung und der Bevölkerung der besetzten Gebiete, während treue Mitarbeit auch für die kommende Zeit mehr denn je unerlässlich ist.“

#### Gegen den Verkauf des Kaiserhofes an die Reichsregierung.

Berlin, 24. Sept. Die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angeheer hatte, einer Korrespondenz zufolge, die Belegschaft der Wägingerbetriebe nach dem Gewerkschaftshaus zu einer Versammlung einberufen, um zu dem Verkauf des Hotels „Kaiserhof“ Stellung zu nehmen. In einer Resolution wurde einstimmig gefordert, daß, falls der Kauf nicht rückgängig gemacht würde, die Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsstellen verlieren, eine den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes entsprechende Entschädigung erhalten sollen.

#### Reichsfinanzminister Dr. Reinhold Gohs des spanischen Ministers des Neuhern.

Madrid, 25. September. Der Minister des Neuhern gab heute zu Ehren des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold Gohs und dessen Gemahlin ein Frühstück.

### Mobilisierung der Dawes-Schuldverschreibungen.

Frankreich hat zur Heilung seiner Finanz- und Währungsstrife die Mobilisierung eines Teiles der sogenannten Dawes-Schuldverschreibungen angeregt. Auf Grund des Dawesplanes ist der Kapitalwert der Reichsbahn mit 26 Milliarden Mark festgesetzt worden. Von diesen 26 Milliarden Mark, die indessen kein Aktienkapital im Rechtsinne bilden, wurden 11 Milliarden Mark abgezweigt. Sie sind in Form einer Bescheinigung dem Treuhänder für die Reichsbahn übereignet worden. Die Verpflichtung der Reichsbahn besteht darin, die 11 Milliarden Mark zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen. Sobald die Höchstleistungen des Dawesplanes erreicht werden, also in den „Normaljahren“, beträgt die Gesamtbelastung der Reichsbahn für Zinsendienst und Tilgung 660 Millionen Mark im Jahre. Eine Rückzahlung des angegebenen Kapitals von 11 Millionen Mark kommt nicht in Frage, — auch dann nicht, wenn die Reichsbahn ohne eigenes Verschulden in Verzug gerät. Der Treuhänder, der nicht über gestülpte Schuldverschreibungen verfügt, kann aber, wenn er das für notwendig hält, die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise auf dem Geldmarkt mobilisieren. Für absehbare Zeit wird der deutsche Geldmarkt sich dafür nicht eignen. Einfach ist der finanzielle Vorgang der Mobilisation der Eisenbahn-Schuldverschreibungen nicht. Die 11 Milliarden Mark sind zwar an erster Stelle auf die gesamten Betriebsanlagen der Reichsbahn eingetragen, allein wenn der Treuhänder die Schuldverschreibungen mobilisiert, so spielt sich der rechtliche Vorgang zwischen Treuhänder und Erwerber der Schuldverschreibungen ab. Es kann der Fall eintreten, daß die Reichsbahn zwar pünktlich ihren Verpflichtungen nachkommt, der Treuhänder aber trotzdem nicht in der Lage ist, die Verzinsung der s. B. an der New Yorker Börse untergebrachten Schuldverschreibungen zu gewährleisten. Das wird eintreten, sofern die Uebertragung, also die Transferierung, der Zinsen Schwierigkeiten macht. Im Dawesplan ist das ja ausdrücklich vorgesehen. Der Transfer soll nur dann erfolgen, wenn eine Erschütterung der deutschen Währung nicht zu befürchten ist. Tritt eine solche ein, so bricht der ganze Dawesplan sofort in sich zusammen. Die in den Vereinigten Staaten untergebrachten Schuldverschreibungen können um so mehr notleidend werden als nicht die Reichsbahn und das Reich irgendeine weitere Verpflichtung für die Sicherheit zu übernehmen brauchen. Ob der Treuhänder die Mobilisierung eines Teils der Schuldverschreibungen im Interesse eines Gläubigerstaates vornimmt, ist eine Angelegenheit, die der Treuhänder mit der Gesamtheit der Gläubigerstaaten abmachen muß. Leicht wird diese Zustimmung nicht zu erreichen sein, auf jeden Fall aber nur für einen verhältnismäßig geringen Teil der Schuldverschreibungen. Auch Wallstreet kann nicht einige Milliarden Mark mühelos unterbringen. Ein solcher Versuch ist auch noch nicht gemacht worden. Je größer der mobilisierte Teil der Dawes-Schuldverschreibungen ist, desto größer ist auch die für die Verzinsung erforderliche Summe, desto größer aber sind auch die Gefahren beim Transfer. Stellt sich später in den „Normaljahren“ heraus, daß der deutsche Außenhandel nicht mit Ueberflüssen arbeitet und arbeiten kann, so wird eine Uebertragung der Summen auch nicht möglich sein. Es bleibt dann nur möglich, für den Gegenwert der Dawesausgaben in Deutschland Waren zu bestellen und zu kaufen. Ob sie auf den Auslandsmärkten glatt abzusetzen sind, läßt sich nicht übersehen. Das ist es auch, was dem Treuhänder vorliegt bei der Mobilisierung der Schuldverschreibungen zur Pflast macht. Werden die Schuldverschreibungen im Ausland notleidend, so kann die Reichsbahn sie zurückkaufen. Sie muß es aber nicht, denn zwischen der Reichsbahn und dem Erwerber der Schuldverschreibungen entsteht kein unmittelbares Rechtsverhältnis, wie das sonst beim Obligationenkau die Regel ist.

#### Unterzeichnung des Protokollens betreffend die amerikanischen Vorbehalte.

Genf, 24. Sept. Der gestern von der Konferenz der Signatarmächte des Statuts des internationalen schiedsgerichtshofes in Bezug auf die Vorbehalte des amerikanischen Senates angenommene Schlusbericht mit dem Vorschlag eines Durchführungsprotokollens wurde bereits von 26 Staaten, das heißt etwa der Hälfte der auf der Konferenz vertretenen Länder, unterzeichnet, darunter England, Frankreich, Italien, Japan sowie drei der englischen Dominions, nämlich Australien, Indien und Neuseeland.

### Zustimmung des Reichskabinetts zum Bericht Dr. Stresemanns.

Berlin, 24. Sept. (Amtlich.) In der heutigen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts erstattete der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann Bericht über die Tätigkeit der deutschen Delegation bei der Völkerbundversammlung in Genf. Das Kabinett stimmte der Haltung der deutschen Vertreter zu und sprach dem Reichsminister Dr. Stresemann sowie den übrigen Mitgliedern der Delegation für die geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Anschließend berichtete Dr. Stresemann über den Inhalt seiner Verhandlungen mit dem französischen Minister des Auswärtigen Briand zur Frage des deutsch-französischen Ausgleiches. Das Kabinett billigte einstimmig und grundsätzlich diese Verhandlungen, zu deren Weiterführung ein aus den in Betracht kommenden Ressortministern bestehender Ausschuss gebildet wurde, der dem Kabinett demnächst Bericht erstatten soll.

#### Die Kommunisten fordern den Zusammentritt des Reichstags.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an das Präsidium des Reichstags wieder die Forderung der Parteienfrage, der Wahl der Erwerbslosen, der außenpolitischen Ereignisse in Genf und der innerpolitischen Situation den sofortigen Zusammentritt des Reichstages gefordert. Ebenso hat die kommunistische Fraktion die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt.

#### Die Besprechung von Cholry.

Zu der in der in- und ausländischen Presse aufgetauchten Meldung, die von einer geplanten deutschen Zahlung in Höhe von acht Milliarden an Frankreich wissen will, bemerken die Blätter, daß in Cholry nur ein allgemeines politisches Programm besprochen worden ist. Die Zahlungsfrage blieb späteren Sachverständigenberatungen vorbehalten. Die Blätter betonen, daß